

Gemeinde lässt Landratsamt auflaufen

Rat will Schreiben wegen Straßenausbaubeitragssatzung nur ablegen

GLASHÜTTEN

Es bleibt dabei: beim Thema „Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (SABS) bleibt der Gemeinderat Glashütten hart. Denn auch das jüngste Schreiben des Landratsamtes Bayreuth, in dem die Aufsichtsbehörde erneut auffordert, eine SABS zu erlassen, „nehmen wir nur zur Kenntnis“, sagte Bürgermeister Werner Kaniewski. Alles Weitere zeige die Zukunft, betonte der Bürgermeister.

In dem von Verwaltungsdirektor Daniel Frieß unterzeichneten Schriftstück wird nochmals auf die gesetzlichen Vorgaben der Gemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes verwiesen. Nur bei einer herausragenden Finanzlage könne ausnahmsweise von der grundsätzlichen Verpflichtung zum Satzungserlass und damit zur Beitragserhebung abgewichen werden. Dies treffe nur auf Gemein-

den zu, die ohne Verschuldung und ohne größeren Kreditbedarf neue Investitionen in Angriff nehmen könnten. Darunter fällt aber die Gemeinde Glashütten nicht. Deren finanzielle Situation mit Blick auf die Gesamtverschuldung und Steuerkraft erfüllt diese Kriterien nicht.

Damit die Gemeinden auf die erwarteten Ergänzungen des Kommunalabgabengesetzes (am 15. Juli findet im Landtag erstmals eine Anhörung zum Thema Straßenausbaubeitragssatzung statt, d. Red.) reagieren können, räumt das Landratsamt der Gemeinde für den Erlass einer Satzung eine Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2016 ein. Das Schreiben diene, so Bürgermeister Werner Kaniewski, „der Erheiterung und nicht mehr“. „Wenn das Landratsamt der Meinung ist, uns etwas reindrücken zu müssen, dann wird das lapidare Schreiben nur abgelegt.“

Damit war Kaniewski bei seinem Lieblingsthema, der Kreisumlage, angelangt. Diese stieg heuer auf 466 000 Euro (Vorjahr 446 200). Bei der Verabschiedung des Haushalts im April sagte der Bürgermeister, dass es sich dabei um Geld handle, „das uns gehört und mit dem wir eine Menge machen und dazu noch die Bürger entlasten könnten.“ Doch das Geld werde vom Landkreis verbraten. Als Beispiel nannte er den Regionalpavillon für die Landesgartenschau. Dieser ist im Haushalt des Landkreises mit 230 000 Euro veranschlagt. 95 000 Euro entfielen auf den Pavillon und 115 000 Euro auf die Innenausstattung.

Genau das Gegenteil von „größzügig“ habe man bei der jüngsten Sitzung des Vereins für Regionalentwicklung „Rund um die Neubürg – Fränkische Schweiz“ erlebt, bei der unter Vorsitz des Landrats um Kleinstbeträge gerungen worden sei. dj